



Die Affäre um Waldomiro Diniz ist symptomatisch für eine politische Kultur, die auch die von Exekutive und Legislative angestrebte Reform der Parteienfinanzierung kaum so bald umkrempeln dürfte.

Posse mit Tiefgang: Die Affäre Diniz

TEXT: LORENZ WINTER

Ganze drei Tage war die Affäre alt, da sah die New York Times bereits die Regierung Lula vom Wirbel um den Korruptionsfall Waldomiro Diniz „verschlungen“. Drei Wochen später seufzten einheimische Kommentatoren dann resigniert, womöglich werde auch dieser Skandal wie so viele vor ihm sanft entschlummern. Doch mit den Folgen der Springflut von Gerüchten und Intrigen sowie den lähmenden Auswirkungen administrativer Trägheit und politischen Misstrauens in der Hauptstadt wird das Kabinett Lula sicher noch monatelang zu kämpfen haben – zum Schaden für ganz Brasilien. Alles begann im Mai 2002, mitten im damaligen Wahlkampf zwischen Lula und dem von Präsident Cardoso als Nachfolger auserkorenen Gesundheitsminister José Serra. Bei der Flughafenverwaltung von Brasília erschien in jenen Tagen der Ex-Polizist Gilson Simões und ließ sich ohne viel Umschweife eine delikate Video-Aufzeichnung aushändigen. Teilnehmer des gefilmten Treffens waren Waldomiro Diniz, bis Ende vorigen Jahres Berater in Parlamentarischen Angelegenheiten beim Leiter der Präsidialkanzlei, Staatsminister José Dirceu, und Carlos Alberto Ramos („Carlinhos Cachoeira“), ein Veranstalter illegaler Glücksspiele, dem Verbindungen zur brasilianischen und internationalen Mafia nachgesagt werden. Bei der Unterhaltung zwischen ihnen ging es laut Pressemeldungen um Parteispenden für verschiedene

Mitglieder von Lulas Arbeiterpartei (PT) und anderer politischer Gruppen. Bezeichnend war an dem Vorfall zunächst dreierlei. Keiner der Beteiligten bestritt den Inhalt des Gesprächs – wohl wissend, dass die inkriminierende Originalkassette inzwischen bei der Staatsanwaltschaft unter Verschluss lag. Ungeklärt blieb jedoch, wer den Ex-Polizisten auf ihre Existenz hinwies und warum sie ihm formaljuristisch widerrechtlich überlassen wurde. Auch war angeblich nicht mehr feststellbar, wie brasilianische Nachrichtenmagazine zur Kenntnis von dem Beweisstück gelangten. Für Heiterkeit sorgte derweil die Behauptung von Ehrenmann Carlinhos Cachoeira („Karlichen Wasserfall“), er selber habe das Gespräch mit Diniz zum Schutz gegen weitere „Erpressungsversuche“ durch diesen aufgezeichnet und die verlangte Provisionszahlung „selbstverständlich“ abgelehnt. An Vermutungen über den oder die tatsächlichen Urheber der kompromittierenden Aufzeichnung und ihren Zweck fehlte es im Treibhaus Brasília natürlich nicht. PT-Vorsitzender José Genoino brachte den Vorgang gleich einmal in Zusammenhang mit dem anlaufenden Gemeindewahlkampf dieses Jahres – erstaunlich war immerhin, dass die seinen Parteifreund Dirceu indirekt belastende Aufzeichnung nach ihrer Entstehung monatelang im Flughafen verstaubte, ehe sie jetzt plötzlich virulent wurde. Überzeugen konnte freilich auch Genoinos Erklärungsversuch deshalb

noch nicht. Denn Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelten gegen Dirceus Berater wegen Verdachts auf Geldwäsche und Wahlvergehen schon seit seiner Zeit als Direktor der Lotterieverwaltung von Rio vor drei Jahren. Insgesamt laufen gegen Diniz heute acht Untersuchungsverfahren wegen solcher und an derer mutmaßlicher Delikte. Das wiederum musste dem Minister bekannt sein, denn der brasilianische Verfassungsschutz (Abin) hatte ihn routinemäßig von der Sache informiert. Not tat dieser Hinweis vielleicht aber gar nicht mehr – schließlich war es derselbe Dirceu, der seinem langjährigen Spezi Diniz zu dem lukrativen Druckposten am Zuckerhut verholfen hatte, bevor er ihn später in den Palácio do Planalto holte. Aber es kam noch besser. Als im Juli 2003 (die Regierung Lula hatte sechs Monate Amtszeit hinter sich) erste Details über Vorgeschichte und fragwürdige Aktivitäten der „grauen Eminenz“ Diniz durchsickerten, starteten Dirceu und sein Adlatus zunächst den frontalen Gegenangriff. In Briefen an vier verschiedene Justizbehörden bat letzterer festzustellen, welche Maßnahmen „angebracht und notwendig“ seien, um seine Widersacher „vor Gericht zu bringen und zu bestrafen“. Mit Anschlag von Dirceu gelangten die Briefe in Windeseile an ihre Adressaten; Kopien davon heftete Lulas bisheriger „starker Mann“ im Kabinett auch an sein Antwortschreiben an einen Oppositionspolitiker, der es gewagt

hatte, von ihm Auskunft darüber zu erheischen, ob die Vorwürfe gegen seinen Mitarbeiter zuträfen.

Als solche Methoden nicht mehr verfangen, wurde Diniz zwar geschasst. Aber um sich dennoch drohenden politischen Ärger vom Leibe zu halten, weigerten sich Lula und Dirceu späterhin, Vertreter von Parteien der Regierungskoalition in zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse zu entsenden, die den Fall und seine Hintergründe durchleuchten sollten, oder veranlassten die Zurückziehung schon geleisteter Unterschriften. Ihr Schachzug hatte Erfolg: Beide Ausschüsse platzten. Dagegen gelang es ihnen nicht, auch die juristische Aufarbeitung des Skandals durch Überweisung des einschlägigen Verfahrens von Brasilia an ein Bundesgericht in Rio zu verdunkeln. Von dort kehrte die Affäre vielmehr postwendend in die Hauptstadt zurück. Das Kabinett verteidigte den probierten Wechsel des Gerichtsstands mit dem Argument, die Vorwürfe gegen Diniz hätten nichts mit seiner vorübergehenden Tätigkeit in der Präsidentschaftskanzlei zu tun, sondern bezögen sich allein auf mögliche Delikte während seiner Zeit als Lotteriedirektor. Das stimmte zwar, drückte sich jedoch um die Kernfrage der Affäre, nämlich: Wie konnte ein von Anfang an umstrittener und für den politisch sensiblen Beraterposten total untauglicher Kandidat überhaupt auf Quasi-Tuchfühlung mit der Staatsspitze geraten? Im übrigen stellte sich bei einer internen Überprüfung der Affäre Diniz im Präsidentschaftsamt mittlerweile heraus, dass Dirceus Berater seine unsauberen Geschäfte sehr wohl auch von dort aus weiter betrieb.

Da Diniz nicht einmal der PT angehörte, konnte Dirceu dessen Berufung letztlich nur mit dem Verweis auf ihre langjährige Freundschaft rechtfertigen: Für Vertrauenspositionen komme man eben nicht ohne Vertrauenspersonen aus, behauptete der Minister. Damit strapazierte er aber nur ein weiteres Mal eine Formel, die in Brasilien auch Provinzbürgermeister auskramen, wenn sie ihre Ehefrau zur Büroleiterin befördern oder ihren Neffen zum Sportdezernenten machen. Folglich, so meinte dieser Tage ein Oppositionspolitiker süffisant, besaß Diniz in den Augen seines Herrn und Meisters wohl nur einen Makel: Nicht dessen Schwiegersohn zu sein. Dann wäre seine Ernennung für den Minister wohl völlig in Ordnung gegangen. Genau unter diesem Aspekt gewinnt der Skandal

um Waldomiro Diniz nun jedoch seine eigentliche Bedeutung: Schließlich hatten die PT und alle übrigen Anhänger des „Lulismo“ im Wahlkampf von 2002 lauthals versprochen, Vetternwirtschaft, Pfründenwesen und Einflusshandel würden unter ihrer Ägide aus dem politischen Leben Brasiliens verbannt. Weit gefehlt: Solche Usancen blühen und gedeihen auch weiterhin prächtig, wie allein schon hundertfacher Parteiwechsel von Abgeordneten und Senatoren sowie die Installierung tausender von Parteibuchinhabern im Verwaltungsapparat und beiden Staatskonzernen bezeugen.

Keine Transparenz in der Parteienfinanzierung

Und natürlich gibt es Affären nicht nur bei der PT. Den „tucanos“ um Cardoso und den jetzt wieder aus der politischen Versenkung aufgetauchten José Serra dürfte sicher mulmig zumute sein bei dem Gedanken, dass ausgerechnet derjenige Senator ihrer Partei, der den Fall Diniz durch Weitergabe des Flughafen-Videos an die Staatsanwaltschaft ins Rollen brachte, vor einigen Jahren selber in eine Parteispenden-Affäre verwickelt war, bei der gleichfalls Kontakte zum organisierten Verbrechen eine Rolle spielten. Dieser Hintergrund könne aber hier wie dort kaum jemanden überraschen, meinte kürzlich die frühere Richterin und jetzige PSDB-Abgeordnete Denise Frossard. Nicht dass es in Brasilien Bingo-Hallen und andere verbotene Glücksspiele (wie das „Jogo do bicho“) gebe und solche Aktivitäten häufig von der Unterwelt kontrolliert würden, sei der Skandal. Sondern dass die Mafia von dort aus zum Beispiel über Sambaschulen und andere scheinbar unverfängliche Freizeit-Veranstaltungen ihre Fühler in die Medien, die Sekten, ins Schickeria-Milieu und am Ende eben auch in Wirtschaft und Politik ausstrecke. Frossard muss es wissen: Sie brachte vor einigen Jahren gegen erheblichen Widerstand aus „guten Kreisen“ Glückspielritter in den Knast. Zu den eilbedürftigen Kapiteln der von Exekutive und Legislative angestrebten Verfassungsreform gehöre deshalb in erster Linie mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung, betont Ronaldo Caiado, stellvertretender Fraktionschef der Liberalen Front (PFL) und Berichterstatter zum Gesetzesvorhaben im einschlägigen Parlamentsausschuss. Beim jetzigen System, so erläutert der Politiker, müsse praktisch jeder Abgeordnete und Senator die Finanzierung seiner Wahlkampagne sel-

ber besorgen. Da sei es dann einerseits fast unvermeidlich, dass immer wieder Kandidaten in Abhängigkeit von Lottobossen, Geldwäschern und Drogenhändlern gerieten, andererseits aber auch die Vorstellung illusorisch, die Spendenkonten tausender von Anwärtern auf ein politisches Amt zu prüfen. Ein Listensystem (wie es zum Beispiel auch in Deutschland üblich ist) und die Parteienfinanzierung durch den Staat könnten dagegen manche der jetzigen undemokratischen Missbräuche eindämmen. Nun, nützlich sind solche Neuerungen zweifellos, wasserdichte Garantien bieten freilich auch sie nicht – sonst hätte es ja in der Bundesrepublik nie eine Spendenaffäre geben können. Doch bevor die brasilianischen Reformen greifen, schuldet gerade die PT erst einmal ihren Anhängern, Wählern und allen Bürgern des Landes mehr als den penetranten Zweckoptimismus Lulas und die fadenscheinigen Ausreden Dirceus. Vom Präsidenten des Obersten Bundesgerichts musste sich der in die Schusslinie geratene Minister bereits sagen lassen, er hätte nach dem Vorbild von Amtsvorgängern besser daran getan, seinen Posten wenigstens bis zur völligen Aufklärung des Falles Diniz aufzugeben. Stattdessen ließ sich Dirceu von Lula politisch decken und brachte diesen so erst recht in Misskredit. Außerdem dürfte inzwischen feststehen, dass mindestens noch ein weiterer anrühiger „Berater“ im Bürostab des Ministers zugange ist. Über diese Fälle wie auch über die Verwicklung des von ihr einst gestellten Bürgermeisters der Stadt Santo André schweigt sich Dirceus Partei vorerst aus. (Bürgermeister Celso Daniel wurde später vermutlich von Komplizen ermordet.) Ebenso über die aktenkundige Rolle des ehemaligen Gouverneurs von Rio Grande do Sul und heutigen Städtebauministers Olivio Dutra bei der Zulassung von Glücksspielen in seinem Heimatstaat, wobei ebenfalls Provisionen in die Parteikasse flossen. Alle diese Vorgänge passen schlecht zum Bild einer Partei, die im vorigen Präsidentschaftswahlkampf die strikte Beachtung des Reinheitsgebots versprochen hatte. Programmatisch habe die PT in jüngerer Vergangenheit ohnehin nicht mehr viel auf Lager gehabt, klagte dieser Tage ein ihr politisch nahe stehender Kommentator. Büße sie jetzt aber noch ihren plakativ zur Schau getragenen Anspruch auf die „höhere“ Moral im politischen Leben ein, müssten auch ihre Freunde sie notgedrungen als Auslaufmodell abschreiben. ■